

Energiewende: Es braucht (noch) beides

Eine Erdöl-Bohrung hier, Windräder und eine schwimmende Photovoltaikanlage da: Rund um Otterstadt wird die Energiewende deutlich. Auf der einen Seite will ein Konsortium den fossilen Rohstoff Erdöl fördern, auf der anderen Seite wollen die Stadtwerke Speyer mit erneuerbaren Energien grünen Strom produzieren. Der Umbruch ist ersichtlich.

Manche – wie die Interessengemeinschaft „Kein Öl“ aus Otterstadt – finden, dass das nicht zusammenpasst. Auf der einen Seite setze die Landesregierung bei Amtsantritt die Messlatte für konsequenten Schutz von Klima und Umwelt in ihrem Koalitionsvertrag hoch, auf der anderen Seite weist das Verwaltungsgericht in dieser Woche Klagen gegen das geplante Erdöl-Projekt bei Otterstadt ab. Auf den ersten Blick passt das vielleicht nicht zusammen, zeigt aber die Unabhängigkeit der Justiz, die sich an Recht und Gesetz orientiert.

Und da liegt der Knackpunkt: Das, was die Politik propagiert, schlägt sich in Gesetzen, Regeln und Vorschriften (noch) nicht unbedingt nieder. Wobei sich die Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben hat, das Bergrecht modernisieren zu wollen. Darunter versteht sie laut Koalitionsvertrag aber Folgendes: „Wir wollen unsere Wirtschaft bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung unterstützen, den heimischen Rohstoffabbau erleichtern und ökologisch ausrichten.“ Die Ampel-Regierung auf Landesebene will mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz.

Das klingt jetzt nicht danach, dass hierzulande, vor der Haustür kein Erdöl gefördert werden soll, wie es sich mancher Otterstädter wünscht. Rein praktisch gesehen, ist ein Alltag ohne den Rohstoff auch schwer vorstellbar. In Speyer wird er seit Jahren gefördert. Somit wird es sowohl den Abbau von fossilen Rohstoffen als auch den Ausbau von erneuerbaren Energien nebeneinander weiter geben. |nhe